### Lesen und dann weitergeben!



Zeitung für Demokratie und Alltagssorgen

Nr. 62

Dezember 1996

Bitte 1 DM

### In dieser Ausgabe

Seite 2: Berichte von der PDS-

Stadtkonferenz

Seite 5: Das beschert uns die

Bonner Koalition

Seite 6: Aus dem Landkreis

Spree-Neiße und:

Demokratie in der PDS

- Debatte mit M. Brie

Seite 7: Herr Koenigk ist in aller

Munde. Und wir?

Seite 10: PDS-Strategie als

Schlüsseldienst?



Protestflut | gegen sozialen Kahlschlag wächst. Wir lassen uns nicht mehr alles gefallen.

(Seiten 3 - 5)

Über 3000 Cottbuser bei der Kundgebung gegen Seehofers "Gesundheits"reform.

PDS-Stadtdelegiertenkonferenz:

### Miteinander kritsch reden, aber gemeinsam handeln

von Gerhard Mahnhardt

Die grüne Delegiertenkarte liegt vor mir. Das Herzblatt verlangt: Berichte über diese Delegiertenkonferenz, objektiv, sachlich und vor allem kurz. Ich will's versuchen, aber es sind natürlich meine Eindrücke.

Von 112 Delegierten waren 109 anwesend. Ihre Altersstruktur machte auf ein Problem aufmerksam, das auch andere Parteien haben: Nachwuchs fehlt. Nur 16 Delegierte unter 40 Jahren. Kaum Zugang, wie Kerstin Bednarsky im Bericht feststellte, mit der Perspektive, daß die Partei, so wir nicht neue Mitglieder gewinnen, in Brandenburg im Jahre 2003 noch ca. 9000 Mitglieder (gegenwärtig 17.500) haben wird. Nun ist Quantität nicht schlechthin Qualität. Auch wenige können viel bewegen. Ansätze gibt es viele, so Genossin Bednarsky im Bericht.

(Fortsetzung auf Seite 2)



Nicht nur Alte bei der PDS-Delegiertenkonferenz.



Den neuen PDS-Stadtvorstand gewählt



Wieder Vorsitzende: Kerstin Bednarsky

### Von der 3. Stadtdelegiertenkonferenz der PDS in Cottbus am 30.11.96



In den Wahlpausen war Zeit für heftige Debatten.

# Miteinander kritisch reden, aber gemeinsam handeln

(Fortsetzung von Seite 1) Auch die Delegierten Karin PDS-Fraktionsvorsit-Kühl. zende, Peter Schömmel, Lars Vogel (AG Junge GenossInnen)- eigentlich alle Diskussionsredner - waren ehrlich bemüht, mit ihren Vorschlägen und Kritiken der Partei voranzuhelfen, deren Einfluß zu festigen und zu erweitern. Nicht als Selbstzweck, sondern um sie als politische Kraft zu positionieren und ihr zu ermöglichen, unter den in der BRD herrschenden Bedingungen unsere Politik zu vertreten.

Die jungen Delegierten mischten fleißig mit (ich dachte dabei an mein Ungestüm vor 50 Jahren...) und bekannten sich zur Verantwortung. Das sah man auch, als sich die Genossen H. Jurischka und Lars Vogel - sozusagen Opa und Enkel - spontan zusammensetzten, um gemeinsam die Erwartungen der Jungen zur Ergänzung der Entschließung zu formulieren - die dann so auch akzeptiert wurden.

Die Delegierten honorierten das Auftreten junger Mitglieder; Lars Vogel und René Lindenau, die für den Stadtvorstand kandidierten, erhielten mit je 104 Stimmen die höchste Stimmenzahl. Eigentlich ein Zeichen, daß nicht unbedingt Quotenregelungen notwendig sind, deren bürokratische Durchsetzung die Delegierten immer viel Zeit kostet.

Mehr Öffentlichkeitsarbeit forderte Genossin Bednarsky, auch um das Ignorieren der PDS in der örtlichen Presse zu überwinden. "Bombardieren" wir die doch einfach mit unseren Auffassungen, und bringen wir vor allem unser Info-Zentrum wieder auf Trab.

Ich habe vorgeschlagen, daß jedes PDS-Mitglied mal für ein Jahr auf ein paar Bier oder Zigaretten verzichtet und dafür für einen möglichen neuen Herzblattabonnenten die 10 DM Abo-Kosten zahlt - nach dem Jahr abonniert er dann vielleicht selber! Und wird möglicherweise - ein neues Mitglied...

Die Ansprüche an die politische Arbeit steigen, wir brauchen auch "Mäuse". Schatzmeister Werner Kehl appellierte zu Recht an jedes Mitglied, seine Beitragshöhe zu überprüfen. Beitrag per Bank überweisen ist praktisch - nicht unbedingt, so E. Radochla in der Diskussion, müsse darunter die Verbindung zu den Mitgliedern leiden.

Altes und immer wieder neues Lied: das Zusammenwirken der Fraktion mit dem Stadtvorstand. Obwohl an Qualität gewonnen, gibt es dabei immer noch Reibungsflächen. Die ihn nicht befriedigenden Ergebnisse in der Auseinandersetzung mit den Abgeordneten H. Nitschke und E. Nowak (GWC-Aufsichtsratsmitglieder) waren Genossen Herr Anlaß, zu fragen, ob er in der richtigen Partei wäre. Dabei hatte ich den Eindruck, daß auch andere Delegierte mit den Stellungnahmen der Betroffenen nicht ganz zufrieden waren. Der neue Stadtvorstand sollte dies auch im Interesse der Öf-



Neue Geschäftsführerin: Gundula Schmidt

Als neugewählte Vorsitzende wünsche ich im Namen des Stadtvorstandes der PDS allen Genossinnen und Genossen, sowie allen Sympathisantinnen und Sympathisanten ein erholsames und friedliches Weihnachtsfest im Kreise Eurer Lieben. Für das Jahr 1997 wünsche ich von Herzen Frieden, Gesundheit, Glück und weitere gemeinsame Erfolge.

Kerstin Bednarsky

fentlichkeit recht sachlich weiter verfolgen, aber durch die gegensätzlichen Meinungen nicht die notwendige Gemeinsamkeit Stadtvorstand - Fraktion gefährden. Unerläßlich ist vor allem die Zusammenführung parlamentarischer und außerparlamentarischer Aktivitäten. (Siehe auch Seite 9)

Es gäbe noch eine Menge kund zu tun: über eine Solidaritätsaktion für die Kinder in Cuba und im Asylbewerberheim sowie für eine an Leukämie erkrankte Genossin (insgesamt 1408 DM); über Solidaritätsschreiben an die Streikenden der Süßwarenindustrie und an Hans Modrow, über Anträge zur Präzisierung des Statuts sowie über die Forderung Lars Vogels, mit qualifizierten Leuten Bildungsabende unter Studenten und Gymnasiasten zu bestreiten. Aber darüber wird noch zu reden sein. Als Letztes und Wichtiges: Kerstin Bednarsky wurde mit 98 Stimmen als PDS-Stadtvorsitzende wiedergewählt. Wir versprechen ihr, die bestätigte Entschlie-Bung (sie liegt dem Herzblatt bei), fleißig mit zu verwirklichen.

### Sie sind gewählt

#### PDS-Stadtvorstand:

Kerstin Bednarsky

- Vorsitzende Siegfried Schulz
- Stellvertreter Gundula Schmidt
  - Geschäftsführer
- Werner Kehl
   Schatzmeister

Vera Barth,
Gisela Bergmann,
Marie-Luise Breimann,
René Lindenau,
Hans-Joachim Mudra,
Jenny Newiak,
Erhard Rensch,
Carmen Schaller,
Hans-Peter Schömmel,
Lars Vogel

#### Schiedskommission

Lutgart Kassner, Karl-Heinz Hauptmann, Eberhard Röger, Monika Schömmel, Horst Zimmermann

#### Finanzrevisionskommission

Karl-Heinz Lehmann, Thea Hauptmann, Ruth Zschalich

#### Landesparteirat

Sabine Lichtwald, Günter Petersohn

#### Delegierte zum Bundesparteitag

Gudrun Hiebsch, Hugo Kache, Irene Schubert, Ilona Schulz, Marian Seidler

### Delegierte zum Landesparteitag

Kerstin Bednarsky, Marie-Luise Breimann, Siegfried Dilk, Torsten Löser, Frithjof Newiak, Carmen Schaller, Gundula Schmidt, Hans-Peter Schömmel

### 9

# Volkszorn über "Sparen" an der Volksgesundheit

- Über 3000 Cottbuser riefen vor der Stadthalle: Wann kommt die Wende?
- Aktionsbündnis gegen verstärkten Sozialabbau wurde noch breiter

Erinnerungen an die Wendezeit vor sieben Jahren kamen am Abend des 21. November im Herzen von Cottbus auf? Der Platz vor der Stadthalle war gerammelt voll. Bei strömendem Regen harrten über 3000 Cottbuser aus, lautstarke Proteste gegen weiteren Sozialabbau erklangen, diesmal speziell gegen die jüngsten Bonner "Sparpläne" zu Lasten der Volksgesundheit. Anlaß dazu war die Tagung der Gesundheitsminister der Bundesländer in Cottbus.

Zum Protest hatte das bewährte Cottbuser Aktionsbündnis gegen Sozialabbau aufgerufen - diesmal erweitert u.a. um den DGB der Stadt, die Ärzteinitiative Cottbus, die Evangelische Kirche, SPD und Bündnis 90/Grüne. Besonders stark vertreten waren Physiotherapeuten, durch jüngste Maßnahmen in ihrer beruflichen Existenz vor dem Ruin. Ausdruck des Volkszorns waren Losungen wie "Armes Deutschland bist du krank. Herrn Seehofer Gott sei Dank" und "Physiotherapie



Prof. Lothar Bisky: Das Wetter ist so häßlich wie die soziale Atmosphäre. Laßt nicht zu, daß Seehofer die 2-Klassen-Medizin salonfähig macht!



Cottbuser erinnerten lautstark: Wir sind das Volk!

Fotos: Friedrich Rudolph

am Ende. Wann kommt die Wende?" und Rufe wie "Wir sind das Volk!"

Eingangs erklärte der Cottbuser DGB-Vorsitzende Walter Schophaus: Mit den Bonner Plänen zur 3. Stufe der Gesundheitsreform sollen die gesetzlichen Krankenkassen zerschlagen und eine Zwei-Klassen-Medizin eingeführt werden. Wo Gesundheitsfürsorge zur Profitquelle verkommt, ist Widerstand angesagt.

Dr. Roger Kirchner von der Ärzteinitiative prangerte das Ost-West-Gefälle in den Budgets für die ärztliche Versorgung an. So dürfen im Land Brandenburg pro Patient nur 585 Mark pro Jahr ausgegeben werden, in Westdeutschland im Durchschnitt über 600 DM. Er forderte, die

Mehrwertsteuer auf die sowieso überteuerten Medikamente abzuschaffen. Voller Leidenschaft wandte sich der Cottbuser Generalsuperintendent Rolf Wischnath gegen die Scheinheiligkeit konservativer Politiker und erinnerte an die Pflicht, den Armen und Kranken zu helfen, statt nach Profit zu streben.

Dora Hamacher vom Freundeskreis Behinderte und Nichtbehinderte verglich Pläne zum geplanten Wegfall häuslicher Krankenpflege an Behinderten mit "leiser Euthanasie". Susanne Teich von der Frauenliste Cottbus verwies auf verstärkte finanzielle Lasten für Kommunen durch die Bonner "Sparpläne" und forderte: Keine

(Fortsetzung Seite 4)



Physiotherapeutin Rosemarie Frenzel (die Frau mit der Flüstertüte): 30 Cottbuser Physiotherapien stehen vor dem Aus. Sollen Menschen eher sterben, weil sie arm sind?



Alexander Jarolimek vom Komitee für Gerechtigkeit: Das Aktionsbündnis noch nie so breit wie jetzt!

### Volkszorn über "Sparen"

(Fortsetzung von Seite 3)

höheren Zuzahlungen für Medikamente und Heilmittel! Alexander Jarolimek vom Komitee für Gerechtigkeit enthüllte, daß die Gesundheitsreform des CSU-Politikers in Wirklichkeit eine hemmungslose Umverteilung von unten nach oben zu Gunsten der Pharma-Konzerne ist.

Die brandenburgische Gesundheitsministerin Regine Hildebrandt fühlte sich durch den offenen Brief der Kundgebungsteilnehmer an den nichterschienenen Minister Seehofer in ihrem Widerspruch zu den Seehofer-Plänen bestärkt. Sie blieb aber außer ihrem Appell an Ärzte, Schwestern, Physiotherapeuten und Kassen, sich nicht zu verstreiten, inhaltlich blaß.

#### Die Faust muß raus!

Wenn Politiker vom "Druck der Straße" sprechen, stehen sie kurz vor der Volksbeschimpfung. Das ist ein gutes Zeichen: Das Volk bringt sich zur Kenntnis. Das Schlimmste ist die geballte Faust in der Tasche. Die Faust muß raus!

Dietrich Kittner, Hannover, Kabarettist, im ND vom 22. Juli 96

PDS-Vorsitzender Lothar Bisky bestärkte Frau Hildebrandt im Nein zu den Bonner Plänen, sparte aber auch nicht mit Kritik an "Sparbeschlüssen" der Brandenburger SPD-Regierung auf sozialem Gebiet. Er betonte: Wir brauchen keine Sparvarianten zu Bonn, sondern echte Alternativen! Und er verwies auf die PDS-Forderung: soziale Grundsicherung für alle Menschen.

Ergreifend war, als die Physiotherapeutin Rosemarie Frenzel schilderte, wie durch jüngste Spar-Befehle keine Überweisungen zur Heilbehandlung mehr ausgeschrieben wurden und ihr Berufsstand vor dem Abgrund steht. Von Seehofer kam statt Hilfe nur Hohn. So bezeichnete er kürzlich in der LR die aufopfernde Arbeit der Physiotherapeuten als überflüssigen Luxus und Lustbarkeiten.

Am Schluß trugen Kundgebungsteilnehmer einen schwarzen Sarg mit der Aufschrift "Die solidarisch finanzierte Krankenversicherung " ins Tagungshotel "Sol Inn". Mit dabei auch ein LR-Reporter. Hinterher war darüber nichts im Blatt zu lesen. Wer wohl hatte etwas dagegen?



Diesen Sarg trugen Gewerkschafter an den Tagungsort der Gesundheitsminister - als ihren Protest gegen Seehofer, der die Krankenversicherung zu Grabe tragen will. Viele Cottbuser folgten dem Zug zum Hotel "Sol Inn" und gaben damit ein Zeichen ihres Widerstandes.



Bild unten:

Dora Hamacher, Freundeskreis für Behinderte und Nichtbehinderte: Fangt von oben an zu sparen, nicht von unten!



DGB-Stadtvorsitzender Walter Schophaus übergab Ministerin Hildebrandt die Forderungen der Cottbuser Gewerkschafter (oben).

### Der Mensch als Kostenfaktor

Da will der BfA-Präsident Rische doch tatsächlich 12.000 Reha-Betten abbauen, weil der Waigel es so fordert. 1 Milliarde muß eingespart werden. 20.000 Arbeitsplätze sind davon betroffen. Das Arbeitslosenheer wird aufgestockt, ich schätze, das kostet so ungefähr 360 Millionen DM. Hinzu kommen die Kosten für die Rehabilitanten, die infolge ausgebliebener Wiederherstellung ihrer Gesundheit arbeitsuntauglich bleiben.

Die Methode schließt sich würdig an die Behandlung der Pflegebedürftigen an. Die werden auch ausschließlich als Kostenfaktor eingestuft.

Wie sagte Gerald Meyer im ORB (04.11.96)? "Alle reden von Gesundheit und meinen doch Geld."

G. Mahnhardt

### 1

### DAS BESCHERT UNS DIE BONNER KOALITION:

# Riesenlöcher im sozialen Netz



Landschaftsgestaltung und Rekultivierung am Sachsendorfer See - ausgeführt von ABM-Kräften.

Fotos: Friedrich Rudolph

### Kitas 5. Rad am Wagen

Mit Protest haben viele Bürger, so auch die Cottbuser IG Kitas, auf die Absicht der Landesregierung reagiert, 43 Millionen DM im Bereich der Kitas zu streichen. Die Heraufsetzung der Gruppenstärke in Kindereinrichtungen zur Absenkung des pädagogischen Niveaus und zur Entlassung von 2000 Erzieherinnen in Brandenburg (in Cottbus etwa 200) führen. Da wurde es selbst der SPD mulmig und sie will nun die Streichungen "umverteilen". Trotzdem drohen Cottbuser Eltern beträchtlich steigende Gebühren für Kitas und Krippen.

#### Ostbauern sollen bluten

Beschlossen wurde vom Bundestag das sogenannte Landwirtschaftsnovellierungsgesetz. Es hat zum Ziel, die ungeliebten Agrargenossenschaften im Osten zu vernichten, indem man sie unbezahlbaren Forderungen aussetzt. Unter den Bauern hat sich ein beträchtlicher Widerstand entwickelt.

# Arbeitsförderung geht baden

Das sogenannte Arbeitsförderungsreformgesetz - verabschiedet im Bundestag am 07.11., bringt tiefe Einschnitte vor allem für ABM-Maßnahmen. Viele nützliche, den Kommunen dienliche Arbeiten werden reduziert und "dem Westniveau angepaßt", Löhne auf 80% des Tarifs gesenkt. Der Bundesanstalt für Arbeit fehlen 5,3 Mrd. DM Zuschuß, das bedeutet schon für 1997 den Wegfall von fast 10.000 ABM-Stellen und von 30.000 Fortbildungsmaßnahmen. Übrigens: Die Arbeitslosenquote in Cottbus beträgt mittlerweile auch 15,4 %. Zwischen 1989 und Ende 1995 haben 17.042 Cottbuser Einwohner (von 74.042 Beschäftigten) ihre Arbeit verloren.



### Wohnen frißt Einkünfte auf

Viele Bürger brauchen jetzt schon bis zu 30 % ihres Einkommens für die Miete. Nun steigt sie wiederum um 5% (außer GWG), und 1998 droht das Vergleichsmietensystem. Mit wem werden wir wohl verglichen? Wenn das auf dem Tisch liegt, werden vielleicht einige munter, wie auch die über 3000 Mieterfamilien, wenn ihre Wohnungen endgültig an die Aubis verkauft sind und sie 1997 mit den ersten Forderungen der Großimmobilienhändler konfrontiert werden. Wohnungen privatisiert

übrigens ebenso die Gesap. Auch die nächste Betriebskostenabrechnung wird manchen aufschrecken, weil sich in ihr beträchtliche Gebührensteigerungen für Abwasser, Müllabfuhr usw. niederschlagen werden.

Übrigens drohen bereits 1997 rund 500 Zwangsräumungen in Cottbus. Sozialwohnungen gibt es ja hier im Osten kaum, Bundesbauminister Töpfer will aber alle restlos abschaffen. Noch stellen sich die Länder quer. Wielange noch?

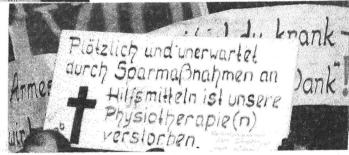


### Wer arm ist, darf nicht krank sein

Was mit der 3. Stufe der Gesundheitsreform über uns kommt, sehen viele noch gar nicht ab. Dabei ist die BRD auf dem besten Wege, die 2-Klassen-Medizin wieder salonfähig zu machen. Denn ordentlich behandeln lassen kann sich nur noch, wer große Teile selber zahlt. Wissen Sie, daß Ihre Töchter, Söhne oder Enkel, die heute unter 18 sind, ihren Zahnersatz künftig ihr ganzes Leben lang selbst bezahlen müssen? Daß die Zuschüsse für Brillengestelle wegfallen, Ihre Zuzahlungen für Medika-

### Pleiten im Gewerbe

Boutiquen, die kaum eröffnet, schon wieder geschlossen haben, Gewerberäume, in denen nacheinander ein Modeladen, ein Copy-Shop und dann eine große Handelskette einzieht keine Ausnahme in Cottbus! In den ersten zehn Monaten dieses Jahres stehen 1411 Gewerbeanmeldungen 1280 Abmeldungen gegenüber.



mente steigen, die Ärzte kaum noch physiotherapeutische Heilmittel verschreiben können, weil ihre Budgets nicht ausreichen? 120 Mitarbeiter aus den 30 Cottbuser Physiotherapien haben bereits ihre Kündigung in der Tasche! Die Krankenkassen haben neue Strichlisten verfaßt, u.a. soll es

Kürzungen in der häuslichen Pflege und der medizinischen Rehabilitation geben. Seehofer und seine Satelliten verfolgen beim Durchpeitschen dieser Ungeheuerlichkeiten einen üblen Kurs: Sie versuchen, Ärzte und Patienten gegeneinander auszuspielen. Das wird hoffentlich nicht gelingen.







Ins Info-Zentrum lud die AG Theorie schon mehrmals interessante Gesprächspartner, wie hier Michael Brie (links).

(Fotos: Friedrich Rudolp)

## Demokratie in der PDS

#### Debatte mit Michael Brie in Cottbus

Auf Einladung der AG Theorie diskutierte Michael Brie am 12.11.1996 mit Genossen und Sympathisanten der PDS über Demokratie in der PDS. Hier seine Thesen und einige Schlaglichter der heißen Diskussion: In allen Ländern des ehemaligen Ostblocks entstanden Parteien mit einer reformwilligen Spitze, oft mittleren Alters, einer zunehmend und allseitig kritischen Basis meist alter Genossen und einer beachtlichen, oft jungen Wählerschaft. Das erzeugt gesetzmäßige Widersprüche, die nicht harmonisch zu lösen, sondern demokratisch auszutragen und auszuhalten sind. Um als Partei zu bestehen, braucht jede Partei Wähler; ohne Wähler sind in der BRD schon viele Parteien bedeutungslos geworden. Wähler aus Überzeugung an sich gibt es kaum. Wähler gewinnt man durch denkbare und machbare Alternativen, noch mehr aber durch Verbindung der Politik mit Hilfe bei den persönlichen Problemen jedes Einzelnen. Die weltweite konservative Offensive nutzt die gegenwärtige Weltkrise nur zum Machterhalt; alles andere überlassen die Konservativen dem Selbstlauf. Um so wichtiger ist unser

Der Anfang jedes Widerstandes ist "Nein"-Sagen. Auch das ist zu kultivieren. Dazu gehört auch, mit den heutigen Machthabern abzurechnen. Da Geschichte nicht immer nach vorgefaßten Konzeptionen verläuft, kann auch von der Opposition nicht immer von allem Anbeginn an ein Konzept erwartet werden. Münden aber muß jede Opposition in erst denkbare, dann realisierbare Gegenentwürfe. Das erfordert Diskussion, auch vieler neuer Begriffe, bedingt Bildungsarbeit und geistige Erneuerung, d.h. einen Wechsel von Denk-

weisen der Eliten oder den Wechsel der Eliten selbst. Nachwuchs ist wichtig und vor allem über Sachfragen für unsere Politik zu interessieren, nicht vordergründig unter dem Aspekt der Mitgliedschaft.

Alternativen müssen von breiten, mehrheitsfähigen Bündnissen getragen werden. Da es gegenwärtig keine soziale Gruppe gibt, die nur aus Verlierern besteht ("ein wenig ist man ja schon privilegiert, nur weil man Deutscher ist"), kommen einheitliche, "klassenmäßige" Abwehrfronten nicht zustande, sondern Widerstand geht mehr von Einzelgruppen aus. Nur persönlich Betroffene organisieren sich. Lebhaft wurde erörtert, wie man diese Verbindung herstellen könnte.

Die Wertevorstellung der Ost- und der Westdeutschen klaffen noch auseinander. Im Osten streben viel mehr Menschen auch in den jeweils gleichen Parteien nach sozialer Gerechtigkeit. Für die PDS ist das besonders charakteristisch. In den Altländern sind die etablierten Parteien sozial ziemlich blind. Michael Brie sprach sich für Pluralisierung des Eigentums und seine Sozialpflichtigkeit aus. Im Zusammenhang mit einem Hinweis auf Professor Gosseiler verwies Brie nachdrücklich auf die Verbrechen Stalins an der Schicht, die den Sozialismus in der UdSSR trug. Die Verurteilung dieser Massenmorde gehört zum Gründungskonsens der PDS.

Das von Brie mitverfaßte Büchlein "Die PDS - empirische Befunde & kontroverse Analysen" wurde ihm fast aus den Händen gerissen, so daß der Stadtvorstand nachbestellt hat.

Dr.med.Dietrich Loeff

### Im Landkreis Spree-Neiße:

# Dr. Edeltraud Radochla neue PDS-Vorsitzende

Auf der Kreisdelegiertenkonferenz der PDS des Spree-Neiße-Kreises im November haben die Genossinnen und Genossen die Aufgaben bis zum Wahlmarathon 1998/99 abgesteckt. Es geht vor allem um die Gestaltung einer modernen, ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaftsstruktur, um die Intensivierung des Zusammenwirkens mit breiten politischen und gesellschaftlichen Kräften, die Sicherung des bezahlbaren und menschenwürdigen Wohnens und die Unantastbarkeit der Bodenreform.

Der neue Kreisvorstand wurde beauftragt, eine gemeinsame Beratung der Kreisdel giertenkonferenz und der Landtagsfraktion zu dem im Landtag vorzulegenden Braunkohlengrundlagengesetz durchzuführen

Als neue Vorsitzende des PDS-Kreisvorstandes wurde Dr. Edeltraud Radochla aus Ruben gewählt.

Im neuen Kreisvorstand arbeiten aus dem Cottbuser Umland mit: Dirk Ruhbach aus Kathlow und Eberhard Standtke von der BO Drebkau. Rainer Andrecki aus Drebkau wird die Interessen der PDS-Kreisorganisation im Landesparteirat vertreten.

Siegfried Schulz

### Pausengespräch in der Bonner Koalition

"Ich habe neulich gelesen, daß der Mensch nur ein Drittel seines Gehirns zum Denken benutzt." "Ach, das ist ja sehr interessant. Und wozu dient das andere Drittel?"

(Aufgespürt von G.Ma.)

## Herr Koenigk ist in aller Munde. Und wir?

Obdachlose. Warum sitzen sie Tag für Tag hier an der Kirchenmauer oder anderswo? Sind sie selbst schuld? Oder müßte unsere Gesellschaft einfach anders beschaffen sein, damit sie nicht ihre Nächte im Obdachlosenheim und ihre Tage in der Schloßkirche oder um sie herum verbringen müssen? Kaum einer fragt danach von den Stadtoberen, deren Empörung über Herrn Koenigks makaberen Vergleich jetzt grade so große Wellen schlägt. Freilich, Tauben sind sie ja nun mal nicht, diese Obdachlosen. Man ist empört - und nutzt die Gunst der Stunde, sich zu profilieren: Die LR mit ihrer Kampagne, eine Dame von der CDU-Fraktion beim Posieren vor der Kamera, der OB, indem er endlich Gelegenheit bekommt, Wirtschaftsförderung zur "Chefsache" zu machen. Und Herr Koenigk tritt aus der CDU aus, geht oder bleibt, reibt sich die Hände und kassiert. Was muß geschehen, damit sich nicht Macht auf Kosten von Schwachen profiliert? Herzblatt



Obdachlose an der Kirchenmauer

Foto: Friedrich Rudolph

# Kommunalpolitik in einer "zentralistischen Demokratie"

Von der Bürgermeister-Konferenz der PDS

Am 26. Oktober 1996 fand in Berlin auf Einladung der Bundestagsgruppe eine Konferenz der Bürgermeister mit PDS-Mandat statt. Neben vielen Bürgermeistern waren auch zahlreiche Vertreter von PDS-Fraktionen kommunaler Parlamente in das Abgeordnetenhaus gekommen, um Erfahrungen auszutauschen, Forderungen zu formulieren und konkrete Probleme anzusprechen. Insgesamt stelle die PDS heute 184 Bürgermeister, so Uwe-Jens Rössel, kommunalpolitischer Sprecher der PDS-Bundestagsgruppe, in seinen Begrüßungsworten. Ferner sind derzeit 6000 PDS-Abgeordnete in Stadt- und Gemeindevertretungen bemüht, Bürgerinteressen wahrzunehmen.

Diesem Anliegen immer gerecht zu werden, ist insbesondere für PDS-Mandatsträger häufig mit besonderen Schwierigkeiten verbunden. Das Ergebnis sind dann gelegentlich für den Bürger schwer nachvollziehbare Entscheidungen, Beschlüsse, die gar im Widerspruch zur Wahl- und Parteiprogrammatik stehen, oder auch der ständige Spagat zwischen Wollen und Können. Das wurde u.a. auch in der spä-

teren Diskussion deutlich.

Zuvor folgten jedoch zwei richtungsweisende Referate von Uwe-Jens Rössel und von Gregor Gysi. MdB Dr. Rössel charakterisierte in seiner Rede die Politik der Bundesregierung den Städte und Gemeinden gegenüber als kommunalfeindlich. Jüngster Ausdruck dafür sei das am 13.09.1996 beschlossene "Sparpaket". Auf die Sitzung der Bundestagsgruppe mit hauptamtlichen PDS-Bürgermeistern 17.06.1996 in Bonn eingehend, erinnerte der Redner an Darlegungen der Bürgermeisterin aus Bad Muskau. Sie hatte anschaulich beschrieben, daß dieses "Sparpaket" das kommunale Leben in ihrer Stadt nachhaltig beeinträchtigen würde. Ganz praktisches Beispiel: Durch die geplanten drastischen Kürzungen Kurbereich wäre der Bau einer Kurklinik akut gefährdet.

Weiter verwies er darauf, daß es gegenwärtig beim Bund einen Bestand von 4.874 Gesetzen und Rechtsverordnungen mit über 84.900 Einzelbestimmungen gibt, die zu mindestens 80 Prozent im kommunalen Bereich umzusetzen sind. Was bleibt da noch für die

kommunale Selbstverwaltung übrig, fragt sich der "Laie" und wundert sich gar nicht mehr! Und dabei war Uwe-Jens Rössel noch nicht einmal auf die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen eingegangen. Das hatten wir noch vor uns! Nach Ansicht von Uwe-Jens Rössel bedrohe nämlich die Finanz- und Steuerpolitik der Bundesregierung die kommunale Finanzautonomie und damit auch den Fortbestand der kommunalen Selbstverwaltung überhaupt: Angriffe auf die Gewerbesteuer, Aufgabenverlagerungen ohne finanziellen Ausgleich, "Altschulden" etc. Die Grauder fiskalischen samkeit Kriegsführung der schwarzgelben Bundesregierung - in Kumpanei mit gewissen Satelliten in den Ländern - gegen die Städte und Gemeinden ist, ein "Horror ohne Ende". So würde es wohl Stephen King

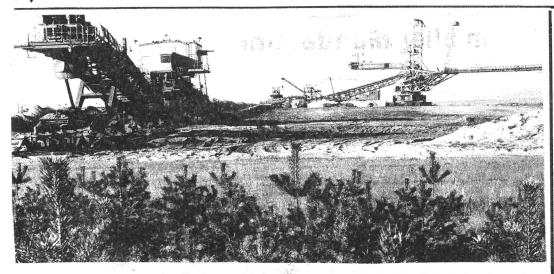
Dr. Gregor Gysi begann seine Ausführungen mit für die Partei ganz grundsätzlichen Fragen: Wie weit ist es gelungen, Wahlaussagen umzusetzen? Wie gehen wir mit den geringen Spielräumen um, nutzen wir sie voll aus? Haben wir es

wirklich geschafft, überall für gläserne Rathäuser zu sorgen? PDS-Kommunalpolitikern erwartet er, daß sie stärker auf die Zukunft orientiert arbeiten und daß sie Visionen entwickeln. Sie sollten die Bürger auch über die Folgen der herrschenden Politik aufklären (Wer sonst?) und Widerstand organisieren. Das sei ein Punkt, worin wir uns von den anderen unterscheiden sollten. Ein aktueller Anlaß zum Widerstand ist der im Bundeshaushalt 1997 CDU/CSU und FDP geplante ABM-Kahlschlag. G. Gysi zufolge hieße das, den ostdeutschen Kommunen eine Mehrbelastung von 550 Mio DM aufzubürden. Als ob das nicht reicht, was sie ohnehin schon zu tragen haben!

Eindringlich warnte er davor, daß die PDS weitergehenden Privatisierungen kommunaler Einrichtungen zustimmt. Diese Ablehnung begründete er mit dem Verschwinden der Möglichkeiten der Mitsprache sowie mit dem Entstehen undemokratischer Strukturen, wenn privatisiert wird. Dabei ginge es ihm nicht darum, daß man nicht auch einzelnen Privatisierungen zustimmen könne, so der Bundestagsabgeordnete. Nur das Prinzip wäre falsch. Wie so vieles in der Politik! Wer wüßte das nicht...

René Lindenau





Der Tagebau Spreetal Nordost (hier Rekultivierungsarbeiten, die schon in DDR-Zeiten begannen) ist längst geschlossen. Nach den Vorstellungen der PDS könnte die Braunkohlenförderung insgesamt mittelfristig (in etwa 30 Jahren) beendet werden, wenn rechtzeitig andere Arbeitsplätze für die Menschen geschaffen werden. (Archivfoto)

# Energiewende ist unumgänglich

### 1. Energiekonferenz der PDS in Hannover

Es brauchte etwa ein Jahr inhaltlicher Vorbereitung, bis Lothar Bisky am 15. November die erste Energiekonferenz der PDS in Hannover eröffnen konnte. Unter den rund 60 Teilnehmern aus allen neuen Bundesländern und einigen PDS-Landesverbänden Westdeutschlands befanden sich auch drei Mitglieder der AG Energiepolitik aus Cottbus, darunter eine Sympathisantin. In einem ausgewogenen Referat begründete Gen. Prof. Dieter Klein im Gegensatz zur Praxis der Bundesregierung ein Angebot von Leitideen einer alternativen Energiepolitik der PDS

Nach mehr als sieben Stunden Diskussionen im Plenum und in drei Arbeitsgruppen wurden in 12 Punkten "Energiepoliti-Grundpositionen und Hauptforderungen der PDS" beschlossen. Darin wird der von uns für unumgänglich gehaltenen Energiewende ein erstrangiger Platz in der Gesamtpolitik der PDS für einen Übergang zu nachhaltiger, zukunftsfähiger Entwicklung in der BRD und im globalen Maßstab zugeschrieben. Die beschlossenen Reformalternativen zielen vor allem auf um-Maßnahmen fassende Energieeinsparung bei gleichzeitiger Erschließung und Förderung regenerativer Energieformen. Dazu sind Forderungen für bundesweite Forschungs- und Investitionsprogramme formuliert worden. Einen wichtigen Platz in dem Beschluß nimmt eine umweltorientierte Ausrichtung der Verfügung über das Eigentum in der Energiewirtschaft, die bestimmenden Einfluß kommunalen Vermögens auf die Energieversorgung und größere Anteile der "öffentlichen Hand" an energiewirtschaftlichen Unternehmen einfordert, besonders in den neuen Bundesländern, ein.

Der heftig diskutierte Ausstieg aus der Atomenergie wurde mit den Forderungen nach qualifizierten Ausstiegsszenarien und Sanierungskonzepten für AKW-Standorte festgeschrieben. Für eine mittelfristige Beendigung sowohl von Stein- wie von Braunkohlenförderung und deren energetischen Einsatz werden strukturpolitische Alternativen für die Menschen der betroffenen Regionen eingefordert.

Weiter wendet sich die PDS in ihrem Energiebeschluß gegen eine unökologische Ausweitung von Energieträgerimporten und unterstützt die Einführung einer Energiesteuer als ein Instrument, das u.a. zweckgebunden für die Förderung des ökologischen Umbaus und die Entlastung der unteren Einkommen einzusetzen ist. Die derzeitigen Pläne der Liberalisierung des deutschen und eu-Energiemarktes ropäischen werden als Instrument zur Verfestigung monopolistischer

Strukturen konsequent abgelehnt. Dazu kommen Forderungen nach einem bundesweiten Verkehrskonzept zur nachhaltigen Umweltentlastung.

Mit der Aufforderung an den Staat, mit einem progressiven Gesetzesrahmen eine bundesweit umweltorientierte und sozial verantwortungsvolle Energiepolitik zu ermöglichen, und dem Angebot zur Zusammenarbeit mit den Nichtregierungsorganisationen werden die Ziele und Forderungen in den energiepolitischen Grundpositionen der PDS abgerundet.

Die Konferenz war von sachlichen bis emotionalen Auseinandersetzungen um unterschiedliche Sichtweisen geprägt. Umso erfreulicher ist, daß im Ergebnis ein Beschlußkonsenz gefunden wurde, der von einer fast einheitlichen Mehrheit getragen wurde. Diese Konferenz war ein ermutigender Einstieg der PDS in eine wirtschaftlich-ökologische Thematik von erstrangiger gesellschaftlicher Bedeutung. Ihre Ergebnisse machen Mut. Sie sollten Anstoß für die PDS sein, sich mit ähnlicher Ernsthaftigkeit weiterer gesellschaftlicher Fragestellungen und Proanzunehmen, blemen geeignet sind, theoretische Klarheit und politische Handhabungen für den Weg zu einem nachhaltigen und zukunftsfähigen Umbau der Gesellschaft zu schaffen.

Siegfried Dilk

# Kleine Firmen vorgestellt

Firmengründung - kein Problem. Schwerer ist es, zu besteh`n

OWUS, der "Offene Wirtschaftsverband für Klein- und Mittelständische Unternehmen, Freiberufler und Selbständige in Berlin und Brandenburg e.V." (Vors. Christa Luft), ist jetzt auch in Cottbus und Umgebung vertreten. Er will u.a. Existenzgründern Gehör verschaffen. Herzblatt stellt einige von ihnen vor. Heute:

### pm \* Heizung \* Lüftung \* Sanitär

Lothar Peschmann und Günther Mattern, zwei Forster, haber sich zusammengetan und eine Firma für Heizung - Lüftung - Sanitär gegründet. Ein ve Meister und ein auf Buchhalter umgeschulter Dipl.Ing. wollen die Marktwirtschaft auf ihre Art "erobern". Beide kennen sich aus gemeinsamer Arbeit im VEB TGA.

Der Markt ist gerade in dieser Branche sehr hart und wie man so sagt, "dicht". Deshalb zählen nur Qualität, Zuverlässigkeit und Seriosität in der Arbeit und im Umgang mit den Kunden. Das wissen die beiden und haben sich deshalb ihr Team genau ausgesucht: Fachleute mit guter Ausbildung, mehrjähriger Erfahrung und auch ordentlichem Umgang mit Kunden und anderen Kollegen.

Ihre fachlichen Fähigkeiten beweisen die Kollegen gegenwär tig auf Baustellen in Berlin und Leipzig im Wohnungsneubau. Aber auch bei Rekonstruktionsmaßnahmen sowie im Gewerbebau haben die Kollegen mit alter DDR-Installation sowie neuem bundesdeutschen Standard ihre Erfahrungen gesammelt. Die kleine 6-Mann-Truppe hat neben praktischen Erfahrungen auf den Baustellen viele Verbindungen zu anderen Gewerken und Planungsbüros. Wer also eine Baumaßnahme, ob Neubau oder Rekonstruktion plant, sollte sich schon in der Vorbereitungsphase an L. Peschmann & G. Mattern GbR Tel.: 03562/7334 wenden, denn die Firma würde sehr gern auch näher am Heimatort arbeiten.

In der Cottbuser OWUS-Gruppe wird die Firma durch Günther Mattern vertreten.





### Asbestronauten im Einsatz

ND vom 9./10. November 96: Im Bild auf der Titelseite traben gespenstisch verkleidete Berliner Abgeordnete durch düstere Gänge des Palastes der Republik. Man ahnt, sie vertrauen auf die Schutzwirkung ihrer Kampfanzüge gegen anstürmende Asbestpartikelchen. Eine Theaterdonner-Szenerie. Nun erwarte ich den Bericht der kühnen Aufklärer von der Asbestfront und natürlich das ärztliche Bulletin über sie. Falls eine dringliche Kur erforderlich wird, könnte die führende Bundestagskoalition für die Kosten der Kurzeit, die über drei Wochen hinausgeht,

einen Solidarbeitrag beschließen. Anschließend sollte ein Entspannungsurlaub in Las Vegas verordnet werden. Beides zu finanzieren aus Steuergeldern.

1989 war ich das letzte Mal im "Palazzo Prozzo". Ohne Schutzanzug. Seit zwei Jahren habe ich Reizhusten. Nebenwirkung eines Medikaments? Oder vielleicht doch...? Habe ich dann auch Anspruch auf ... siehe oben? Gleichermaßen vermutlich Geschädigte bitte melden zwecks Gründung eines Vereins "Palastgeschädigte e.V."!

Gerhard Mahnhardt



## Meinungsstreit

### Anwalt der Schwachen

Mehrmals schon ist in Cottbus einer Erwartung an die PDS-Abgeordneten deutlich Ausdruck gegeben worden: Nämlich immer so aufzutreten, daß die Bürger spüren, die PDS versteht sich als Anwalt der Schwachen in dieser Gesellschaft. Auch auf der Stadtdelegiertenkonferenz der PDS wurde darüber debattiert. Und zwar sowohl im Zusammenhang mit der Zustimmung von Abgeordneten zu Mietpreiserhöhungen und zum Verkauf von Wohnungen an die Aubis-Gruppe, der unverständlicherweise auch Behindertenwohnungen in Sandow einschließen soll, als auch in bezug auf das Raumflugplanetarium, für dessen Erhalt als kommunale Einrichtung die Unterstützung der Abgeordneten erwartet wird.

Hartmut Nitschkes Haltung zu solchen Erwartungen konnte nicht befriedigen. Er (eins der Aufsichtsratmitglieder der GWC) verteidigte seine Akzeptanz von Mieterhöhungen und Wohnungsverkauf im allgemeinen mit dem Hinweis, daß die GWC nicht schuld sei am Altschuldenhilfegesetz; und im besonderen seine Zustimmung zum Verkauf von 3000 Cottbuser Wohnungen an einen der größten Wohnungshändler im Osten, die Aubis-Gruppe, mit der Erklärung, die Banken(!) hätten das Unternehmen geprüft und es sei vertrauenswürdig. Medienangriffe auf diese Gruppe hätten ihren Grund doch eher darin, daß andere, die den Zuschlag nicht erhalten hätten, sauer wären.

Nun macht Nitschkes Haltung im besonderen ja vor allem ein allgemeines Problem deutlich. Jeder weiß, und das wird auch in der PDS-Basis so gesehen, daß die PDS-Abgeordneten keine Mehrheit im Parlament haben und unsoziale Beschlüsse kaum verhindern können. Aber sie können aufmerksam machen auf Ungerechtigkeiten und Wege weisen, wie sie zu verhindern wären - wenn man denn von der Seite der Macht her nur wöllte! Das ist es, was Wähler von der PDS erwarten, und nicht zu Unrecht.

Karin Kühl, PDS-Fraktionschefin, sprach auf besagter Konferenz auch von Oppositionsverständnis, von der Frage, vor der man immer wieder stände: Verweigern - oder Schadensbegrenzung? Es gibt natürlich eine Grenzlinie, jenseits derer jeder Versuch von Schadensbegrenzung aussichtslos ist, ja, wo die PDS mit solchen Versuchen sowohl sich selbst als auch ihren Wählern schadet. Da muß man eben, auch in der Kommunalpolitik, neue Politikansätze unterbreiten, wenn man Anwalt der Schwachen sein will. Dazu braucht's Souveränität und umfangreiches Sachwissen, und das wiederum setzt strategischen Vorlauf voraus. Die Fraktion will über solche grundsätzlichen Probleme künftig ausführlicher und tiefgehender - auch gemeinsam mit dem Vorstand und vor allem unter Beteiligung der Basis - beraten.

### Befremdlich

Zum Foto über das Flugzeugmuseum (Herzblatt 61/Seite 6)

Erst in der Oktoberausgabe war ausführlich über die Aktionen gegen die Bundeswehrausstellung "Unser Heer", an denen sich auch die AG Junge GenossInnen beteiligte, berichtet worden. Dabei wurde und wie ich finde, völlig berechtigt - u.a. auf die moralische Fragwürdigkeit einer Kriegsgeräteschau hingewiesen und eine eindeutig ableh-

nende Position bezogen. Und das in mehreren Artikeln.

Daher ist es mir überaus befremdlich, nur eine Ausgabe später diese kommentarlose Ankündigung einer anderen Militärschau veröffentlicht zu sehen. Das Foto und die kurze Bildunterschrift erwecken den Eindruck, als handle es sich um ein lohnenswertes Ausflugsziel. Oder war es nicht so gemeint? Hat man über den Stadtteil Ströbitz nichts anderes zu berichten? Auch wenn die ausgestellten Waffen größ-Gerät tenteils historisches sind, möchte ich doch die Frage stellen, was das an ihrem eigentlichen Zweck, dem Töten von Menschen, ändert? Zumal die Zeit der Kriege alles andere als vorbei ist und ähnliche bzw. weiterentwickelte Kampfflugzeuge noch heute und gerade auch in diesem Moment Einsätze fliegen und auf der Welt "Frieden schaffen".

Solche "Versehen" (?) sollten nicht passieren. Das wäre inkonsequent.

Marian Seidler AG Junge GenossInnen

### Wie Gott in Frankreich

Ich bin der Bundeskanzler, mein Name ist Kohl.
Wenn ich eine Rede halte, steht dafür mein Name - jawohl!
Ich bin Mitglied der CDU, also ein Christ, wie ihr ja alle wißt.
Darum will ich wie Gott

in Frankreich leben natürlich müßt ihr mir was dazugeben!

Kurt Giebler



# PDS-Strategie als Schlüsseldienst?

Von der Strategiekonferenz der PDS

Die Strategiediskussion der PDS ist vielschichtig, uneinheitlich und bislang kaum eine Diskussion, die die gesamte Partei erreicht und einbezieht. Das notierten L. Bisky und G. Gysi in einem Papier, das in der Sitzung des Bundesvorstandes am 12.08.1996 behandelt wurde. Eine Strategiekonferenz am 2./3.11.1996 in Berlin sollte dazu beitragen, daß die aktuelle Debatte in der PDS stärker zusammengeführt und ihre weitere Richtung konkretisiert wird. Ob sich alle an diese Tagung geknüpften Erwartungen erfüllt haben, darüber werden wohl am ehesten die anstehenden Auftritte der Partei auf der politischen Bühne Aufschluß geben. Persönlich empfand ich die beiden Novembertage als sachlich-konstruktive Suche nach Antworten auf die manchmal geradezu quälenden Strategiefragen. Nur einige Nordlichter der Hamburger PDS sollten sich mehrfach, was den fairen Umgang miteinander betrifft, als Armleuchter erweisen.

Am Anfang stand ein Referat des Parteivorsitzenden, Lothar Bisky. Am Ende stand ein Vortrag des Vorsitzenden der Bundestagsgruppe, Gregor Gysi. Dazwischen lagen eine Reihe von Beiträgen von akademisch parlamentarischen Aktiven sowie von Vertretern aus den Gliederungen der PDS; im Plenum, in 4 Arbeitskreisen und an 3 runden Tischen. Lothar Bisky führte in seiner Rede u.a. aus: "Wirklich handeln aber kann ich nur, wenn ich das Programmatische mit dem Möglichen realitätsbezogen zu verbinden verstehe". Aus dem Tenor der Grundsatzrede des Großen Vorsitzenden, H. Kohl,

auf dem jüngsten CDU-Parteitag hörte L. Bisky heraus, daß auch der nun begriffen hätte, daß sich die Bundesrepublik in einer schweren Gesellschaftskrise befindet. Kritisch merkte er an, sämtliche Oppositionsparteien, so auch die PDS, haben enorme Schwierigkeiten, überzeugende Alternativen zur vorherrschenden Sparund Weltmarktpolitik in der Öffentlichkeit rüberzubringen. Gerade für die PDS sei klar, das definitive Scheitern des Staatssozialismus hieße noch lange nicht, daß der real existierende Kapitalismus die einzige Perspektive für die gesellschaftliche Zukunft ist.

Sozialistische Politik ist für Prof. Harry Nick nur möglich, wenn sie die realen Ursachen für die heutigen Verhältnisse benennt und zugleich realistische Wege zu notwendigen Veränderungen weist. Als Selbstentwaffnung bezeichnete er, wenn bei jedem ernsthaften Vorschlag für Veränderungen sofort gerufen wird: Und das unter diesen Macht- und Eigentumsverhältnissen?

Prof. Michael Brie sagte, die Frage nach dem modernen Sozialismus ist eine Frage nach der weltanschaulichen Identität und politischen Glaubwürdigkeit der PDS. Und später: Sozialismus ist modern, oder er ist kein Sozialismus. Der Schlüssel zum Sozialismus liegt für M. Brie in der freien Entwicklung eines jeden (wirklich aller). Wer hat den bloß versteckt? Werden wir ihn noch rechtzeitig finden?

Neben dem Interesse am Thema "Oppositionsverständnis der PDS", waren es auch ästhetische Gründe, die mich bewogen haben, anschließend in den Arbeits-

kreis 3 zu gehen. Denn dort sollte die schönste Bundestagsabgeordnete, Dr. Dagmar Enkelmann, eine der Referenten sein. Da machte Politik, wenigstens ansatzweise, wieder mal Spaß. D. Enkelmann betonte eingangs, daß sie unter Opposition nicht ein bloßes NEIN-Sagen und das Vortragen unrealistischer Forderungskataloge verstehe. Verantwortung beginne für sie in der Opposition, indem man z.B. alternative, realistische Politikangebote ausarbeitet. Die PDS möge zuerst ihr Oppositionsverständnis überprüfen und ausfüllen, ehe sie sich über Regierungsbeteiligungen o.ä. "heißredet". Marzahns Bürgermeister, Harald Buttler, sagte mit Blick auf die Wahlen im Oktober 1995: Wenn 4 Stimmen an der absoluten Mehrheit fehlen, dann stehe gar nicht die Frage: Verantwortung oder Opposition... Der mecklenburgische Landesvorsitzende Helmut Holter, regte an, mal zu diskutik ren, welche Auswirkungen eine "Daueropposition" der PDS haben würde.

Das Finale der Konferenz durfte Gregor Gysi bestreiten. Gemeinsam mit seiner "Schwester" Charisma schlüpfte er dabei wieder in seine Paraderolle als Muntermacher. Eigentlich muß er die ja nur für die - wenn es um die PDS geht - meist schläfrigen Medienvertreter spielen. Denn wir sind doch aufgeweckt genug (?). Wir sollten uns fragen, so G. Gysi, welchen Einfluß die PDS in Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen, Medien etc. habe. Ferner erklärte er, er wolle eine Gesellschaft, in der soziale und politische Rechte eine Einheit bilden. Da will er nie mehr eine Trennung zulassen. Die PDS solle zum Entstehen eines Reformklimas beitragen. damit der Reformstau in Reformatmosphäre umgesetzt wird. Bedingung wär jedoch in der Bevölkerung ein "Veränderungsbewußtsein". An dem fehlt es aber bis heute.

René Lindenau

## Zwischen Kritik und Diffamierung

Fortsetzung des Beitrages "Ein neuer Anfang ist fällig..." in Nr. 61

Im Herzblatt Nr. 61 setzte sich René Lindenau mit den "Gedanken zur Strategiediskussion" von Willi Gettel, veröffentlicht im HINTERGRUND 1/96, auseinander. Hier folgen seine abschließenden Bemerkungen:

Unverständnis und Empörung lösen bei mir W. Gettel's Bemerkungen zum Parlamentarismus / Außerparlamentarismus und die Rolle, die er dabei der PDS zugedacht hat, aus (S.35). Mit sachlich-konstruktiver Kritik hat das nämlich nichts mehr zu tun! Denn er spricht da allen Ernstes von ritualisiertem Protest und von Scheinopposition. Desweiteren stünde

man vor der Entscheidung, Opposition zu mimen oder tatsächlich auszuüben. Genau das muß es sein: Der oft diskriminierende Umgang mit PDS-Abgeordneten, die schikanöse Ausgrenzung von PDS-Mitgliedern bis hin zu den Bestrebungen, die Partei zu verbieten, ist nur damit zu erklären, daß die PDS so gute Schauspieler hat. Die "Bonner Staatsschauspieler" können da einfach nicht mithalten. Hier wird die schwierige Arbeit der vielen parlamentarisch wie außerparlamentarisch engagierten Mitglieder und Sympathisanten der PDS diffamiert. Was schrieb doch Marx am 5. März 1877 in einem Brief an En-

gels?: "Es war mir unmöglich, den Kerl zu lesen, ohne ihm ausführlicher immer gleich auf den Kopf zu schlagen" (siehe MARX-ENGELS: Briefe über "DAS KA-PITAL", Dietz-Verlag Berlin, 1954) Sehr viel von dem, was Willi Gettel in seinem Artikel von der PDS geschrieben hat, deckt sich einfach nicht mit meinem Erleben der PDS-Politik. Einige seiner Thesen haben somit für mich den Charakter unbewiesener Hypothesen, die weder durch das Parteiprogramm, die aktuelle Beschlußlage oder die praktische Politik der Partei selbst zu belegen sind.

# Ein ereignisreiches Jahr

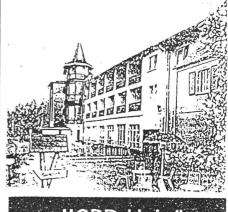
Die AG-Polittourismus blickt zurück auf ein ereignisreiches Jahr und auf gesammelte Erfahrungen für das kommende. Die Mitglieder der AG waren auch in diesem Jahr viel unterwegs. Bei den meisten Veranstaltungen kennt man uns und erwartet uns bereits. So waren wir unter anderem beim Friedensfest in Strausberg, beim ND-Pressefest, beim Sommerfest in Potsdam, um hier nur einige zu nennen. Hier haben wir viele Leute kennengelernt, politische Gespräche geführt und Freundschaften geschlossen. Unser nun schon zur Tradition gewordenes Politcamp in der tschechischen Republik war auch in diesem Jahr wieder ein Erfolg. Die Beziehungen zu unseren tschechischen Freunden sind uns zur Herzenssache geworden. Nicht zu vergessen sind auch unsere Kontakte zum Dresdner "Haus der Begegnung", zu Uli Reinsch und seiner IG Unterwegs. Hier hat sich eine Freundschaft entwickelt. die sich in unserer täglichen politischen Arbeit riederschlägt. Wir wünschen den Dresdner Genossen viel Erfolg mit ihrem tollen "Haus der Begegnung" und werden auch in Cottbus weiter um etwas Gleichwertiges kämpfen.

Auch in diesem Jahr waren wir wieder

beim Pressefest der Humanité in Paris Die Genossin Piduch hatte auch diesmal wieder die Aufgabe übernommen vor unserem PDS-Zelt die kleinsten Besucher des Festes zu erfreuen. Hier gab es sogar ein Wiedersehen mit Kindern vom vergangenen Jahr, die extra gekommen waren, um von ihr geschminkt zu werden. Noch einen Dank an Veronika Piduch, die auch in diesem Jahr wieder ganz toll das Indianerlager, an dem deutsche und tschechische Kinder gemeinsam teilnahmen, betreut hat. Veronika hat dafür schon zum zweiten Mal einen Teil ihres Jahresurlaubes geopfert. Etwas Neues und den Abschluß unserer Aktivitäten in diesem Jahr wird der Besuch bei der PDS Nürnberg bilden.

Ihr seht, Genossen, bei uns ist Bewegung und ich denke, eine gute Form von Öffentlichkeitsarbeit. In unserer AG soll eine neue Form der Parteiarbeit wachsen, die viele junge Leute anspricht und auch parteilose Bürger ermutigt, bei uns mitzuma-

> Monika Schömmel AG-Polittourismus



dep "Roten-Hilfe" dupch Genossen Wilhelm Pieck am 12. April 1925 eingeweiht

### Ferien in Elgersburg

Im Thüringer Elgersburg liegt das Hotel "Am Wald", eine traditionsreiche Stätte. früher das MOPR-Heim der Roten Hilfe. Seit 1925 im Besitz der KPD, ist es 1995 im Rahmen des Vergleichs mit der Parteikommission der Thüringer PDS zugesprochen worden. Neben dem normalen Erholungs- und Übernachtungsbetrieb macht es eine Reihe von Angeboten, die besonders linken Senioren gerecht werden sollen.

Noch bis 20. Dezember läuft eine Veranstaltungsreihe "Uns vereint gleicher Sinn, gleicher Mut" für Genossen und Freunde, die gerne Erinnerungen auffrischen und im Kreis von Gleichgesinnten Meinungen austauschen möchten. Während der gemütlichen Ferientage kann man Ausfahrten zu Stätten der Arbeiterbewegung unternehmen (auch Buchenwald, Weimar, Jonastal bei Arnstadt, Ilmenau), wandern und an abendlichen Clubgesprächen mit Thüringer Freunden und Genossen teilnehmen.

(HP im DZ 55 DM Tag/Person, Speisenwahl nach Karte; Ü/F im DZ 40 DM. Unkostenumlage für alle Veranstaltungen und Ausfahrten einer Woche 120 DM). Im nächsten Jahr sind u.a. geplant: Jugenderholung mit Wintersport sowie thematische Veranstaltungen für Hobbygeologen und Liebhaber edlen Porzellans und künstlerischer Glasgestaltung.

(Schmücker Str. 20, 98716 Elgersburg, Telefon: 03677/790511).

### Silvester im Gebirge

Weihnachten/Silvester in der Pension "SKI" in Desna/Tannwald (Riesengebirge) bietet das TUK-Reisebüro an. (25.12.96 - 02.01.97; mit Silvesterprogramm; 430 DM; Buchungen über die AG Polittourismus Tel. 86 10 17)

# Weihnachten von Karl-Heinz Worbs

Man gehe davon aus, und alle wissen das schon: Dieses Weihnachtsfest hat eine lange Tradition, und die klebt an einem fest, keiner kann dagegen an ob man will oder nicht, bald schon kommt der Weihnachtsmann.

Jeder fühlt es instinktiv: es muß irgendwas passieren, schließlich hat der Mensch Gewissen, und er will sich nicht blamieren, und das läßt ihm keine Ruhe, bis er anfängt nachzudenken: "Wenn ich etwas haben will, muß ich meinerseits was schenken!"

Nun erfolgt der Senkrechtstart, respektiv das große Laufen, in dem redlichen Bemühen, ein Geheimnis einzukaufen für die Gattin, für den Mann, für die lieben Kinderlein, für die Oma und so weiter, keiner soll vergessen sein.

Endlich - am besagten Tag, weswegen das ganze Theater, die Kinder werden feingemacht - der Tannenbaum wieder vom Vater. Knecht Ruprecht erscheint in rotem Gewand und einem sehr harten Gesicht: der Wind so kalt, der Sack so schwer, das behagt ihm ganz offenbar nicht.

Er wirft sie ab, die schwere Last, und fordert sogleich sehr konkret: "Wer sein Geschenk nun haben will, der bete ein schönes Gebet; sonst gibt es die Rute, entscheidet auch flugs, ich muß mich leider sputen, knallhart ist die Norm - mir bleiben pro Bürger nur eineinhalb kurze Minuten!"

Dann hebt ein emsig Trinken an, es wird auch sehr reichlich gegessen; und alle Strapazen der Tage vorher, die werden ganz einfach vergessen. Wir lassen die Antwort auf folgende Frage hier freundlicherweise mal offen: ob ganz allgemein getrunken nur wird oder richtiggenommen gesoffen.

Das Stimmungsbarometer steigt, die Menschen sind ausnehmend heiter zumindest für selbigen Augenblick; das Leben geht anderntags weiter. Gefeiert wird wieder im nächsten Jahr das schöne Weihnachtsfest. sofern es Herr Waigel im Sparpaket nicht kurzerhand einsparen läßt.



Wenn ich als Wirtschafts-Dezernent für den Standort Cottbus werbe, so gilt das natürlich nicht für dich, mein Täubchen!

Karikatur: HÄNSCHEN

# Bei anderen gelesen und gehört

"Wer da hat, dem wird gegeben werden; von dem aber, der nicht hat, wird auch das genommen werden, was er hat."

Lukas 19, 26 (Wer denkt da etwa an Theo Waigel?)

"Was ist eine Gesellschaft wert, deren Freiheit ungestraft dazu mißbraucht werden kann, den Ruf anderer zu beschmutzen oder gar zu zerstören. Wo man mit Rufmord Geld verdienen kann, stimmt etwas nicht."

Bischof Horst Gienke in "Dome, Dörfer, Dornenwege" S. 368

"Louven, J., Mittelstandspolitiker der CDU. Seine sozialpolitisch radikalen Thesen führten maßgeblich zum Sturze des Kanzlers der Deutschen Einheit, Helmut Kohl. Bei der Bundestagswahl 1998 verweigerten die älteren Wähler der CDU die Unterstützung."

VdK-Zeitung Nr. 11/96 - Kommentar über einen möglichen Eintrag in den Geschichtsbüchern

"Wenn wir unter Euch Gaben des Geistes säen, ist es dann zuviel verlangt, wenn wir irdische Gaben von Euch ernten?"

1. Korinther 9, 11 (Motto der CDU/CSU-Bundestagsfraktion?)

Übrigens: In den 50er Jahren wurde der BRD-Film gedreht: "Weil Du arm bist, mußt Du früher sterben"

(da war Seehofer doch noch gar nicht Gesundheitsminister...)
A. Jarolimek



"Freuen Sie sich auf unsere Berichterstattung", forderte mich die Lausitzer Rundschau mit diesem überdimensionalen Plakat auf. Ja, wirklich, das tue ich als Rentner jeden Tag! Und bin beglückt, wenn mir da einer dieser neuen LR-Wessis in rotzigem Ton z.B. den versteckten Vorwurf macht, daß ich zu lange lebe; daß immer weniger Enkel für immer mehr Opas die Rentenkassen füllen sollen; ja daß ich gar möglicherweise 14 Jahre lang Rente "kassiere", ehe ich ins Gras beiße (LR vom 25.11., Seite 3).

Dabei fühle ich mich gar nicht schuldig. Wir haben nicht schon mit 50 Pension bezogen wie viele Wessis. Wir haben unsere Rente selber erarbeitet, bis uns die Arbeit weggenommen wurde! "Ab ins Grab, Opa"? Den Gefallen tue ich keinem, sondern freue mich jeden Tag von neuem auf die Berichterstattung der LR!

Otto Letter

# Ankreuzen

und hin



Termine 16.12.96 - 15.01.97 Info-Zentrum Breitscheid-Str. 11: Sitzungen des Stadtvorstandes 18.12.96 und 08.01.97, 17.00 Uhr

Beratung AG Senioren jeden Donnerstag, 9.00 Uhr

#### **AG Polittourismus**

Sprechstunden und Diskussionsrunden zu aktuellen Fragen jeden Donnerstag ab 15.00 Uhr (außer 26.12.)

AG Junge GenossInnen jeweils dienstags ab 18.00 Uhr

Redaktion Herzblatt 14.01.97, 14.30 Uhr

### **Brandenburger Hof:**

Weihnachtsfeier der AG Senioren am 18.12.1996, 14.30 Uhr "Auf roten Socken in das neue Jahr"

Silvesterfete mit der PDS am 31.12.96 ab 19.00 Uhr (Karten zum Preis von 10 DM beim Stadtvorstand)

Während der Zeit vom 20.12.1996 bis zum 06.01.1997 bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Mir gratulieren unseren SeniorInner zum Geburtstag



Allen, die zwischen dem 16. Dezember 96 und dem 15. Januar 97 Geburtstag feiern, alles Gute:

zum 91. Geburtstag Elli Fröhlich, zum 87. Erna Wolschina, zum 86. Kurt Gregor, zum 83. Otto Schnelle, zum 82. Gerhard Juretschka, Kurt Konarske, Johannes Ninnemann, Herbert Hülsen, Hans Schumacher, zum 75. Ilse Rumposch, zum 70. Erich Lehmann, Ilse Schulz, Helmut König, zum 65. Friedrich Winkler, zum 60. Christa Mehlberg.

#### Redaktionsschluß:

Für die nächste Ausgabe 02.01.97

Nächste Ausgabe



- blatt lesen

Herausgeber:

Stadtvorstand der PDS Cottbus, V.i.S.d.P.: Siegfried Dilk Breitscheidstraße 11, Büro des PDS-Stadtvorstandes, 03046 Cottbus